

Zürich: Die erste Frauenkonferenz des kantonalen Gewerkschaftsbundes ging über die Bühne.

Mehr Platz für die Frauen im Beruf und in den Gewerkschaften

An der ersten Frauenkonferenz des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zürich GBKZ (64'000 Mitglieder, 10 Prozent davon Frauen) diskutierten 80 Delegierte engagiert, wie der Gleichheitsartikel in der Bundesverfassung endlich in der Realität durchgesetzt werden kann. In acht Arbeitsgruppen wurden weitere Frauenthemen erörtert. Am Schluss wurde eine 13köpfige Frauenkommission gewählt, die nun versuchen will, aufgrund dieser Diskussionen eine Frauenarbeit innerhalb der GBKZ aufzubauen.

Ziel dieser Konferenz war es, über den Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) zu informieren, der im März 1989 stattfinden wird und an dem hauptsächlich über Frauenförderung in Betrieb und Gewerkschaften sowie über die Nachtarbeit diskutiert wird. Ausserdem sollte eine Frauenkommission gewählt werden, die eine Arbeit auf frauenspezifischen Fragen aufnimmt und diese in die verschiedenen Gewerkschaften einzubringen versucht.

Die Geduld der Frauen ist erschöpft

Rita Gassmann, Vizepräsidentin der Frauenkommission des SGB, erklärte in ihrer Begrüssung, dass die Geduld der Frauen in Sachen Gleichstellung jetzt erschöpft sei und dass endlich Taten folgen müssten. Dabei sei es unumgänglich, dass den Männern Macht weggenommen werden müsse.

Das gleiche gelte auch innerhalb der Gewerkschaften. Hier müssten die Kollegen Macht abgeben: „Es braucht in den Gewerkschaften eine gezielte Personalpolitik zugunsten der Frauen. Gleichzeitig müssen die Strukturen der Gewerkschaften verändert werden!“ Im gleichen Sinn meinte Irene Ribbe von der Frauenkommission der Sektion VPOD Zürich Städtische: „Die Gewerkschaften müssen sich vermehrt den Frauen öffnen, wollen sie wieder zu einem ernstzunehmenden Faktor werden. Wenn es gelingt, mehr Frauen für die Gewerkschaften zu gewinnen, können diese mit mehr Glaubwürdigkeit Frauenförderungsmaßnahmen im privaten und öffentlichen Bereich fordern.“ Sie wies darauf hin, die komplexe Lebenssituation der Frauen (Dreifachbelastung) mache es schwer, einfache Forderungen zugunsten der Frauen zu formulieren. So müssten sich die Gewerkschaften vermehrt in die Politik einmischen und etwa genügend ausserfamiliäre Betreuungsmöglichkeiten für Kinder fordern.

Gleichstellung kostet

Ohne Massnahmen, welche Frauen bevorzugen, sei die Gleichstellung in unserer Gesellschaft nicht zu erreichen, meinte Ursi Urech, Lokalsekretärin der Gewerkschaft Druck und Papier. Frauen müssten bei Ausbildung und Anstellung bewusst gefördert werden. „Vorübergehende bevorzugende Massnahmen für Frauen sind mit der Bundesverfassung durchaus vereinbart.“ In bürgerlichen Kreisen scheine die Ansicht vorzuherrschen, Gleichstellung dürfe nichts kosten (neues Eherecht). Falls sie etwas kosten würde, soll die Gleichstellung zu Lasten der Frauen erfolgen (z.B. die vorgeschlagene Heraufsetzung des, AHV-Alters für Frauen). Ihrer Meinung nach sei echte Gleichstellung nicht ohne zusätzliche Kosten für Unternehmer und Gesellschaft zu realisieren.

In der lebhaften Plenumsdiskussion wurde energisch dagegen protestiert, dass die Vorschläge der eidgenössischen Arbeitsgruppe „Lohngleichheit“ auf eine erneute Verzögerung bei der Durchsetzung von Bundesverfassung 4, Absatz 2, hinauslaufe. Es wurde gefordert, dass diese Vorschläge sofort in eine Gesetzesvorlage umgesetzt werden. Zudem wurde in einer Resolution die Aufrechterhaltung des Nachtarbeitsverbots für Frauen und dessen Ausdehnung auf die Männer gefordert.

Der öffentliche Dienst, 16.12.1988.

Oeffentlicher Dienst, Der > GBKZ. Frauenfoerderung. GBKZ, 1988-12-16